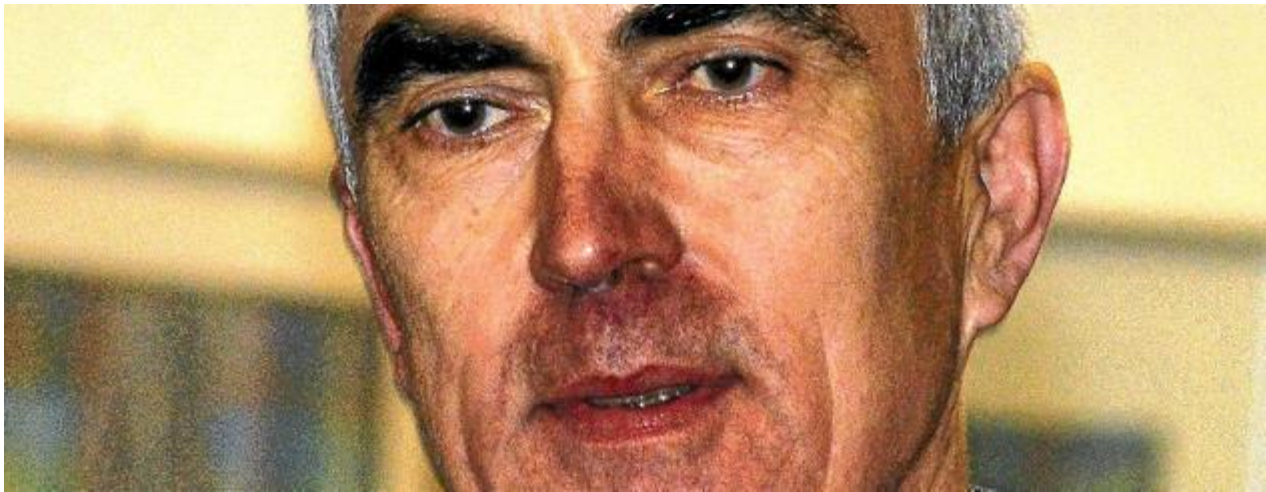


Saalfeld-Rudolstadt: Stürmische Debatte um Widerstand gegen Windkraft

Ex-Landrat Thomas (CDU) scheitert im Kreistag erneut bei dem Versuch, das Stimmverhalten von Kreisvertretern festzulegen.



Ex-Landrat Werner Thomas (CDU). Foto: Klaus Moritz

Saalfeld. Krachend, oder inhaltlich näher ausgedrückt, heulend gescheitert sind in der Sitzung des Kreistags am Dienstag (12. September 2017) vier Anträge des einstigen Landrats Werner Thomas (CDU). Er hatte zum Beschluss vorgeschlagen, dass Landrat Marko Wolfram (SPD) und alle anderen Vertreter des Landkreises in Gremien der Regionalen Planungsgemeinschaft Ostthüringen (RPO) beauftragt werden, gegen die Ausweisung von Vorranggebieten für Windkraftanlagen im Landkreis zu stimmen. Zur Begründung hatte Thomas im Wesentlichen zwei Argumente aufgeführt. So gebe es zwar für die insgesamt vier Vorranggebiete zwar neben den Ablehnungen der jeweiligen Gemeinden auch „dreieinhalb“ verneinende Statements des Landratsamts und seiner Fachbehörden. Letztere aber würden in der RPO-Geschäftsstelle gar nicht aufbewahrt, weil sie dort nicht hingeschickt werden müssen. Damit lägen also zur tatsächlichen Abwägung nur die Positionen der Kommunen vor. Inwiefern sie dann unter den insgesamt mehr als 7000 Stellungnahmen wirklich Beachtung fänden und zum Streichen dieser Vorranggebiete führen würden, sei offen. Denn der Landrat wie auch Saalfelds Bürgermeister Matthias Graul (parteilos) und SPD-Kreistagsmitglied Werner Groll, die in RPO-Gremien den Landkreis vertreten, sind in ihrer Mandatsausübung frei. Wolfram, so Thomas, brauche lediglich in der Sitzung des entscheidenden Planungsausschusses mit Nein zu stimmen. Seine vorgelegten Anträge gingen die Planungsgemeinschaft „nichts an“. Genau das sehen einige Kreistagsmitglieder wie auch das Landratsamt völlig anders. Bereits in seiner Einführung zum Thema hatte Bernhard Schanze vom Beteiligungsmanagement des Landkreises darauf verwiesen, dass es genau jenes politisch gewollte, aber nicht vollends fachlich begründete Ausschließen von Standorten der Hebel für die Windkraftlobby war, um per Gericht den alten Raumordnungsplan für nichtig erklären zu lassen. Auch Jörg Reichl (BfL) warnte, eine Beauftragung der Landkreis-Vertreter zum Nein-Sagen gefährde die Rechtssicherheit des ganzen Überarbeitungsprozesses: „Wenn wir uns außerhalb der rechtlich möglichen Wege bewegen, riskieren wir Klagen der Windkraft-Befürworter.“ Hubert Krawczyk (Linke) gab sich verwundert, warum Thomas offenbar es für möglich halte, dass sich der Landrat gegen die Positionen der eigenen Verwaltung stellen könnte. Wolfram selbst sagte, er sei sich nicht sicher, ob die Motivation für Thomas' Anträge „nicht reine Boshaftigkeit“ sei. Verteidigt wurde der lediglich von seinem Fraktionskollegen Christian Tschesch. Er mahnte, bei allen rechtlichen Abwägungen, stärker darauf zu achten, wie Menschen vor Ort von Entscheidungen betroffen sein könnten. Tschesch beklagte ein Abkoppeln der Raumpolitik von den Akteuren vor Ort: „Der Kreistag ist in diesen Fragen genauso unbedeutend wie der Gemeinderat von Kleinkleckersdorf.“ Tatsächlich gibt es Interessenten, die im Landkreis neue Windräder bauen wollen. Laut Landratsamt wurde für drei Anlagen bei Treppendorf das Genehmigungsverfahren eröffnet sowie die Träger öffentlicher Belange beteiligt. Ein weiterer Genehmigungsantrag für fünf Windkraftanlagen nahe Treppendorf wurde erst kürzlich eingereicht. Zu einem avisierten dritten Antrag für Treppendorf fehlen noch Detailinformationen, informierte die Pressestelle. Ein anderer Antrag auf Vorbescheid für sieben Anlagen bei Sundremda/Thälendorf ruht wegen mangelnder Unterlagen.

Quelle: Jens Voigt / 14.09.17 / OTZ